

Einmal fragen kostet einen Franken

Fahrzeughalterauskünfte Baselbieter ärgern sich, dass die Dienstleistung nun kostenpflichtig ist

VON WILLI WENGER

Seit einem Monat sind im Kanton Baselland Fahrzeughalterauskünfte nicht mehr kostenfrei. SMS oder Online-Abfragen kosten einen Franken, und telefonische Auskünfte werden seit dem 1. Oktober keine mehr erteilt. Diese Neuerung, welche die Sicherheitsdirektion (SID) am 25. September in einer Medienmitteilung öffentlich machte, sorgt für Unmut. Viele von der bz befragte Personen können dieser Massnahme kein Verständnis entgegenbringen. Sie ärgern sich. Die Aussage eines Baselbieters, der nicht genannt werden will, ist exemplarisch: «Ich finde diese erneuten Gebühren ganz einfach eine Riesensauerei.»

In der Baselbieter Politik fallen die Reaktionen differenzierter aus: SP-Parteisekretär Ruedi Brassel sagt, dass er nicht wisse, warum die Halterabfrage nun zu einem kostenpflichtigen Dienst wurde. «Hier müsste ich Genaueres wissen, um die Neuerung einschätzen zu können», gibt sich der Prattler Landrat zurückhaltend. Mild äussert sich auch SVP-Präsident Oskar Kämpfer: «Hinter der Abfragemöglichkeit verbergen sich viele Themen wie Personenschutz, Rechtssicherheit, Privatsphäre.» Die Online-Abfrage sei eine Dienstleistung des Kantons, und sie solle daher gemäss den geltenden Bestimmungen und dem Verursacherprinzip auch verrechnet werden.

«Ganz verrückte Sache»

Kämpfers Parteikollege, Georges Thüring, bezeichnet diese neuen Steuern, die als Gebühren getarnt seien, als «ganz verrückte Sache. Für mich ist das reine Abzocke und ist so nicht zu akzeptieren.» Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt, dass aus seiner Sicht Online-Abfragen von einfachen Sachverhalten, welche keine Intervention eines Sachbearbeiters benötigen, grundsätzlich gratis sein sollten. Elisabeth Augsburg (EVP) sieht das gleich: «Eine solche Abfrage, im Sinne einer Dienstleistung, müsste ohne Kostenfolge sein.» Gerhard Schafroth (GLP) sagt, dass er die Angelegenheit für eine «nicht sehr intelligente Sache» halte. «Offenbar wird halt jetzt versucht, Einnahmen auf Teufel komm raus zu generieren.»

Pascal Donati, Dienststellenleiter der Motorfahrzeugkontrolle (MFK),



Einen Franken muss zukünftig bezahlen, wer im Baselbiet eine Fahrzeughalterauskunft verlangt. M. WERNLI

■ 30 000 FRANKEN: EINNAHMEN FÜR DEN KANTON «NICHT SEHR HOCH»

Die MFK hat die Entwicklung des eautoindex.ch der Partnerkantone Appenzell Inner- und Aargau, Appenzell Aargau, St. Gallen, Solothurn und Thurgau während geraumer Zeit beobachtet und sich dann entschieden, mitzumachen. Der Kanton Baselland

musste letztlich **142 000 Franken aufwenden**. «Eine eigene Neuentwicklung wäre um einiges teurer gewesen», sagt der MFK-Leiter Pascal Donati, der ergänzt, dass 17 Kantone (inklusive das Fürstentum Liechtenstein) bereits heute eine Strassenverkehrsapplikation verwenden,

die sich bewährt hat und die bestens funktioniere. Der Kanton rechnet **jährlich mit gegen 30 000 Franken** an Einnahmen, etwa so viel wie der vergleichbare Kanton Thurgau generiert. «**Sollten wir wider Erwarten allerdings ein Vermögen einnehmen**, so bin ich der Ers-

te, welcher mit dem Preis runtergehen wird», verspricht Pascal Donati. Die alte «**Halterauskunft**» wurde auch auf Druck der Zentralen Informatik-Dienste des Kantons abgelöst. Diese sei, so Donati, viel zu teuer und finanziell nicht mehr tragbar gewesen. (WWL)

bedauert, dass der Ausbau seines Dienstleistungsangebots wegen der Gebührenpflicht viel Unzufriedenheit hervorgerufen hat. «Ich kann dies nachvollziehen. Doch es ging nicht anders, musste doch die alte Applikation abgelöst werden, und wir mussten uns aus Kostengründen für die einzige zahl- und finanzierbare Lösung entscheiden.» Donati ergänzt gegenüber der bz, dass die kan-

tonale Datenschutzstelle die etwas restriktivere Abfragemöglichkeit sehr begrüsst habe, zumal die «Spas- und Hobbyabfrager» mit der Zeit wegfallen würden.

Die SID bewegt sich mit der Einführung der 1-Franken-Gebühr auf juristisch sicherem Boden. Die Rechtsgrundlage ist mit der «Verordnung Gebühren MFK» vorhanden. Pascal Donati betont im Übrigen,

dass die Einnahmen vollumfänglich für die Aufwände der neuen Halterapplikation «eautoindex.ch» bestimmt sei.

Sie habe nichts mit der Verkehrsabgabengesetzrevision zu tun. Durch diese gingen der MFK sowieso keine Einnahmen verloren. «Verkehrssteuereinnahmen gehen nicht an uns, sondern zu hundert Prozent an die Finanz- und Kirchendirektion.»

Privatschulbesuch soll nicht die Gemeinde zahlen

Kommissionsentscheid Die Finanzkommission des Baselbieter Landrats ist dagegen, dass künftig die Gemeinden statt des Kantons den Besuch von Privatschulen auf Stufe Kindergarten und Primarschule finanziell unterstützen müssen. Die Kommission lehnt die entsprechende Vorlage knapp ab. Die Ablehnung erfolgte mit 6 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung, wie dem gestern veröffentlichten Kommissionsbericht zu entnehmen ist. Dabei verlief die Diskussion keineswegs gradlinig: So änderte die Kommission die neue regierungsrätliche Vorlage zunächst mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung so ab, dass jede Gemeinde – getreu dem Motto «wer zahlt, befiehlt» – selbst hätte darüber bestimmen können, ob und in welcher Höhe sie Beiträge an das Schulgeld für Privatschulen bezahlen will.

Im Endergebnis aber empfiehlt sie dem Landrat, die Vorlage sogar in der von ihr selber abgeänderten Form abzulehnen.

Kannbestimmung ist keine Lösung

Bekämpft wurde die Vorlage vom Verband Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG, weil die Gemeinden zwei Millionen Franken mehr zahlen müssten und der Kanton um die gleiche Summe entlastet würde. Zusätzlich goutierten nicht alle Kommissionsmitglieder den Versuch, Einzelteile des vom Volk deutlich abgelehnten Sparpakets als aufgewärmte Einzelvorlage erneut zu bringen.

«Dabei befürchten die Gemeinden, dass bei solchen Einzelvorlagen diese für sie nicht mehr kostenneutral ausfallen», berichtet Kommissionspräsident Marc Joset. Zudem sei auch die Grundsatzfrage aufgeworfen worden, ob die öffentliche Hand überhaupt den Besuch von Privatschulen durch Beiträge unterstützen solle. «Solche Diskussionen würden bei der Variante, dass die Gemeinden selbst über die Beiträge bestimmen können, beispielsweise auch an Gemeindeversammlungen geführt», meint Joset. Es wäre absehbar, dass die Entscheidung am Ende solch langwieriger Prozesse mal in die eine, mal in die andere Richtung ausfallen würden.

Dies erwartet er auch für die Debatte im Landrat: Wie sich das Parlament entscheidet, sei offen, die Abstimmung dürfte aber relativ knapp ausfallen. Es dürfte zu einem weiteren Urnengang führen. (SDA/DH)

Stille Wahlen werden nun doch laut

Zivilkreisgerichte Die Parteien wollten keine Kampfwahlen für den 24. November. Dank CVP und FDP müssen die Baselbieter doch an die Urne.

VON LEIF SIMONSEN

Wahlen stehen im Baselbiet nicht sehr hoch im Kurs, seit in diesem Sommer endlich wieder die Regierung komplettiert werden konnte. Umso mehr ärgert sich der SVP-Präsident Oskar Kämpfer, dass die Baselbieter am 24. November ausgerechnet für die Wahlen der Zivilkreisrichter an die Urne müssen. «Dies wäre ein vermeidbarer Urnengang gewesen», findet er. Für die neu geschaffenen Zivilgerichtsreise Ost (Sissach) und West (Arlesheim), welche die Bezirksgerichtsreise am 1. April 2014 ablösen, hatten die Parteien ursprünglich stille Wahlen vorgesehen. Dies klappte aber nur im Zivilgerichtskreis Ost, wo die acht Kandidaten für die acht zu vergebenden Ämter in stiller Wahl gewählt wurden. Die Wahl der vier Richterinnen und vier Richter wurde vor zwei Wochen von der Regierung kommuniziert. Weil in den neuen Strukturen weniger Richter benötigt werden, bedeutet diese Legis-

laturperiode für den Zivilgerichtskreis Ost, dass zehn Bisherige nicht mehr antreten. Anders als im Westen zogen sich diese hier aber freiwillig zurück.

Kämpfer sieht Abmachung verletzt

In den Bezirken Arlesheim und Laufen wird es zu Kampfwahlen kommen: 20 Kandidaten stellen sich hier der Wahl für die 12 Ämter. Kämpfer ist der Meinung, dass die CVP und die FDP sich nicht an die «Abmachung» gehalten hätten, auch im Zivilgerichtskreis West nur so viele Kandidaten aufzu-

stellen, wie ihnen aufgrund des Wähleranteils zustehen. Von einer solchen «Abmachung» weiss FDP-Präsidentin Christine Frey nichts. Auch sie hätte nichts gegen stille Wahlen gehabt. «Wir haben mit den Kandidaten gesprochen. Doch niemand war bereit, sich zurückzuziehen.» Während die SVP mit drei Kandidaten antritt, stellen die – wähleranteilmässig schwächeren – Freisinnigen deren fünf, wobei es sich um Bisherige handelt. Frey kontert die Vorwürfe Kämpfers: «Hätten wir beim

Parteienschacher mitgemacht, hätten wir die Kandidaten vor den Kopf gestossen.» Und: «Den grössten Schaden hätten wir gehabt, wenn diejenigen wild kandidiert hätten, die nicht berücksichtigt wurden.» Auch die CVP-Präsidentin Sabrina Corvini-Mohn ist sich keiner Schuld bewusst. Die CVP stellt wie die FDP fünf Kandidaten. «Wir haben – wie alle anderen Parteien auch – keine Abmachungen gebrochen. Die Parteipräsidenten haben sich getroffen, um das Vorgehen zu besprechen. Die Idee mit der Aufteilung gemäss Parteienproporz wurde durchgespielt und hat sich als nicht durchführbar erwiesen, da eben mehrere Bisherige wieder antreten möchten», sagt Corvini. Überreden könne man und solle man niemanden, ist sie überzeugt.

«Hätten wir beim Parteienschacher mitgemacht, hätten wir die Kandidaten vor den Kopf gestossen.»

Christine Frey, FDP-Präsidentin

Für die wahlmüden Baselbieter gibt es dennoch einen Trost: Im Vergleich zu den Regierungswahlen geht dieser Wahlkampf diskret über die Bühne. Das PR-Budget der Parteien reicht derzeit in den meisten Fällen nicht mal für Wahlplakate.

INSERAT

n|w Fachhochschule Nordwestschweiz
Pädagogische Hochschule

Sie wollen Lehrer/in werden?

Die Pädagogische Hochschule FHNW bildet Lehr- und Fachpersonen für alle Stufen aus. Vorschulstufe (Kindergarten), Primarstufe, Sekundarstufe I und II, Sonderpädagogik und Logopädie.

Informationsveranstaltung

Donnerstag, 21. November 2013, 19–20.30 Uhr, Basel
Allgemeine Gewerbeschule, Vogelsangstrasse 15

Bitte melden Sie sich für die Veranstaltungen an unter:
www.fhnw.ch/ph/infoveranstaltung